



D 3.5

Gesetzlich-regulatorischer Rahmen für geothermische Fernwärme in Europa – Zusammenfassung

Februar 2014



Co-funded by the Intelligent Energy Europe
Programme of the European Union

The sole responsibility for the content of this publication etc. lies with the authors. It does not necessarily reflect the opinion of the European Union. Neither the EACI nor the European Commission are responsible for any use that may be made of the information contained therein.

Ein rechtlich-regulatorischer Rahmen für Geothermische Fernwärme in Europa

Grundlagen

Trotz des bedeutenden Potentials für Energie aus Tiefengeothermie in verschiedenen europäischen Ländern haben sich geothermische Fernwärmesysteme bislang nur wenig durchgesetzt. Dies ist vor allem durch das Fehlen adäquater politischer Vorgaben und geeigneter Gesetzgebung zu Fernwärme und besonders zu geothermischen Fernwärmesystemen auf nationaler und regionaler Ebene bedingt.

Das IEE-Projekt *“Promote Geothermal District Heating Systems in Europe”* (Förderung geothermischer Fernwärmesysteme in Europa) (IEE/11/813/ SI2.616373 – GeoDH) zielt auf die Förderung geothermischer Fernwärmesysteme in Europa durch die Beseitigung der wesentlichen nicht-technischen Hindernisse ab.

Das Dokument *“Regulatory Framework for Geothermal District Heating in Europe”* (Gesetzlich-regulatorischer Rahmen für geothermische Fernwärme in Europa) ist eines der wichtigsten Ergebnisse des GeoDH-Projekts, das 14 europäische Länder abdeckt und von 2012 bis 2014 läuft. Seine Hauptaufgabe ist es, effektive Werkzeuge und Wegleitung für regionale und lokale Entscheidungsträger anzubieten, damit ein rechtlich-regulatorischer Rahmen entstehen kann, der Anreize zur Nutzung der sauberen und erneuerbaren geothermischen Energie für Fernwärmesysteme bietet.

Aufgaben und Zielgruppe für den rechtlich-regulatorischen Rahmen

Um die verwaltungsseitigen Hindernisse zu überwinden, stellt dieser vorgeschlagene Rahmen wesentliche Empfehlungen heraus, mit denen **rechtlich-regulatorische Hindernisse abgebaut, die besten Rahmenbedingungen gefördert, und Verfahrenswege für Investoren, Betreiber und Entscheidungsträger vereinfacht** werden können.

Der vorgeschlagene Rahmen richtet sich primär an die öffentliche Verwaltung auf regionaler Ebene, die für Regelung und lokale Entwicklung zuständig sind. Diese ist intensiv in die Genehmigung und weitere, mit der Aufsuchung, Erschließung, Nutzung und Bewirtschaftung geothermischer Ressourcen zusammenhängende Verfahren eingebunden.

Wesentliche Interessengruppen und Beteiligte sind im Projekt befragt worden und unterstützen dieses Dokument.

Diese Vorschläge sollen zu regionalen und lokalen Regelungen führen, die für die Entwicklung geothermischer Fernwärme in Europa günstig sind. Die wesentlichen Empfehlungen sind nachfolgend aufgeführt.

Wesentliche Empfehlungen

- **Nationale und lokale Regeln müssen eine Definition zu geothermischer Energie und ähnlichen Begriffen enthalten, in Übereinstimmung mit Direktive 2009/28/EU;**
- **Besitzrechte sollten garantiert sein;**
- **Verwaltungsvorgänge für geothermische Genehmigungen müssen auf den Zweck abgestimmt sein – sie sollten wo immer möglich vereinfacht werden, und die Belastung des Antragstellers sollte nur durch die jeweilige Komplexität, die Kosten und möglichen Folgen der vorgesehenen geothermischen Energieanlage bestimmt werden;**
- **Die Regeln für Autorisierungen und Genehmigungen müssen angepasst und einfach sein, und auf die regionale (oder, falls angebracht, lokale) Ebene übertragen werden. Das Verwaltungsverfahren muss so weit wie möglich reduziert werden;**
- **Regelungen für Fernwärme sollten so dezentralisiert wie möglich umgesetzt werden, um an den lokalen Kontext angepasst werden zu können, und sie sollten einen verpflichtenden Mindestanteil an Energie aus erneuerbaren Quellen fordern, in Übereinstimmung mit Artikel 13 §3 der Direktive 2009/28/EU;**
- **Die Zuständigkeit für geothermische Genehmigungen sollte an nur einer einzigen Behörde konzentriert werden;**
- **Informationen zu für geothermische Fernwärmenutzung geeigneten geothermischen Ressourcen sollten verfügbar und einfach zu finden sein;**
- **Geothermische Fernwärme sollte in nationale, regionale und lokale Energieplanungen und –strategien einbezogen werden;**
- **Politische Entscheider und relevante Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst sollten über geothermische Energie sehr gut informiert sein;**
- **Mitarbeiter in Firmen zur Technik und Energiedienstleistung sollten in geothermischen Technologien fortgebildet werden;**
- **Die Öffentlichkeit sollte bei geothermischen Fernwärmeprojekten informiert und gehört werden, um die öffentliche Akzeptanz zu unterstützen;**
- **Die Gesetzgebung sollte zum Ziel haben, die Umwelt zu schützen und Prioritäten für die Untergrundnutzung zu setzen. Dabei sollte geothermischer Energie eine Priorität über andere Nutzungen wie z.B. unkonventionelle fossile Energien, CO₂-Einlagerung oder nukleare Abfallentsorgung gegeben werden.**

Die Umsetzung dieser Empfehlungen wird die Einführung von sich ergänzenden und zusammenpassenden rechtlichen Vorgaben ermöglichen, wie sie zur Schaffung eines auf lange Sicht stabilen Systems für geothermische Fernwärme in Europa erforderlich sind.



Besuchen Sie www.geodh.eu für weitere Informationen

Projektkoordinator:

European Geothermal Energy Council, Renewable Energy House, 63-67 rue d'Arlon
B-1040 Brussels, T : +32 2 400 10 24, E: com@egec.org